

Rentner lehnen sich gegen den Asozialstaat auf!



Am 4. Oktober 2014 um 13 Uhr trafen sich unzufriedene heutige und zukünftige Rentner, um den Politikern deutlich zu machen, dass sie sich nicht um ihre verdiente Rente betrügen lassen werden. Ungefähr 150 von ihnen, aufgerufen von der Bürgerinitiative „Reiches Deutschland – Arme RentnerInnen“, begannen ihren Protestmarsch am Neptunbrunnen vis-à-vis vom sogenannten „Roten Rathaus“.

Der Lautsprecherwagen wurde vom Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Azize Tank, Dirk Stegemann, besorgt und gefahren. Drei Aktivistinnen sowie die stellvertretende Landesvorsitzende der Linken, Elke Breitenbach, informierten Demonstranten sowie Passanten lautstark über die längst überfälligen Forderungen und die Verbrechen, die den in der BRD

finanziell schlechter gestellten Mitmenschen angetan werden. Die Passanten waren sehr interessiert, was die große Anzahl an verteilten Flugblättern und interessierten Fragen bewies. Margit Himmel-Hedervari, die Initiatorin der BI, wurde tatkräftig von der BO Arbeit und Soziales und dem gesamten Bezirksverband der Linken Tempelhof-Schöneberg und Teilen des Neuköllner Bezirksverbandes aktiv unterstützt.

Wir hätten uns eine intensivere Unterstützung der Presse, der MdBs der Linken sowie der Sozialverbände gewünscht. Aber wir rechnen damit, dass beim nächsten Mal alles anders wird und mehr Aktive zu sehen sein werden. Wir sehen uns dann im nächsten Mai wieder am Neptunbrunnen und laßt die Faust nicht in der Tasche!

Fotos und Text: KD.



„Drachen statt Drohnen“ – auch in Berlin mobilisierte die Friedensbewegung am 4. Oktober 2014 zum weltweiten Aktionstag gegen Drohnen. Mit dabei: die Bezirksverordneten von DIE LINKE in Tempelhof-Schöneberg, Elisabeth Wissel und Harald Gindra.

Kommunalpolitischen Dialog am 15.11.2014 Rathaus Schöneberg um 10 Uhr. Siehe Seite 8



LINKE begrüßt Wahlsieg von Evo Morales

Pressemitteilung

13.10.2014 von – [Heike Hänsel](#), [André Hahn](#)
„Die Wiederwahl von Präsident Evo Morales, Kandidat der Bewegung zum Sozialismus (MAS), und der deutliche Sieg mit über 60 Prozent der Stimmen zeigen nicht nur die Unterstützung der knapp 6,3 Millionen wahlberechtigten Bolivianerinnen und Bolivianer, sondern auch den Erfolg einer Politik, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die sozialen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung auf die Tagesordnung zu setzen“, erklären Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, und André Hahn, stellvertretender Vorsitzende der Deutsch-Südamerikanischen Parlamentariergruppe. Die beiden Abgeordneten

weiter: „Bolivien zeigt, dass durch die durchgesetzte Nationalisierung der natürlichen Ressourcen, neue Potentiale für eine aktive Sozialpolitik möglich wurden. Gerade der Kampf gegen die soziale Ungleichheit hat die Präsidentschaft Morales so vertrauenswürdig für einen Großteil der vormals marginalisierten Bevölkerungsschichten, allen voran indigene Gemeinschaften, gemacht. Davon zeugen die hohe Wahlbeteiligung und das Stimmresultat.“

Wir gratulieren Evo Morales zu seinem Wahlsieg und seiner erneuten Amtszeit als Präsident Boliviens und erhoffen uns auch weiterhin wegweisende politische Impulse für eine demokratische und sozialistische Politik auch in Europa.“



Rathaus öffnen

Hier kurze Hinweise, wie man (derzeit) die Rathaus-Politik im Bezirk direkt beeinflussen kann. Der Arbeitskreis Kommunales und die Verordneten von DIE LINKE beraten und unterstützen Sie/Dich gerne dabei.

Einwohnerfragen zur BVV:

Zu jeder BVV-Sitzung können Einwohnerinnen und Einwohner am Anfang der Sitzung Anliegen öffentlich machen und eine Antwort vom Bezirksamt abfordern.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba.tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/frage.html>

Bürgerbegehren und Bürgerbescheid:

Grundsätzlich sind Bürgerbegehren zu allen Themenbereichen möglich, in denen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlussberechtigt ist.

Näheres: http://www.berlin.de/ba.tempelhof-schoeneberg/info/mehr_demokratie.html

Eingaben und Beschwerden:

Probleme mit Entscheidungen der Verwaltung können als Petition an den BVV-Ausschuss eingereicht werden.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba.tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/formular.php>

Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplänen:

Bei neuen Bebauungsplänen sind Interventionen möglich.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba.tempelhof-schoeneberg/organisationseinheit/planen/bebauungsplaene.html>

BVV-Sondermittel:

„Zuschüsse für Vereine, Bürgerinitiativen und Projekte aller Art“.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba.tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/wissen.html>

Neue Fluechtlingsunterkunft

Lichtenrade nimmt Flüchtlinge auf

DIE LINKE will sich bemühen, dass das Wohnheim ungestört eingerichtet werden kann und ankommende Flüchtlinge freundlich aufgenommen werden. Die aktuelle Entscheidung hat eine Vorgeschichte: Zum Jahreswechsel 2012/2013 hatte die Senatsverwaltung für Soziales dies bereits schon mal geprüft. In Lichtenrade entwickelte sich dagegen Widerstand. Im Vorwahlkampf zur Bundestagswahl 2013 griff der CDU-Bundestagsabgeordnete Luczak die Stimmung auf und mobilisierte den Widerstand gegen die von seinem Parteifreund Czaja geführte Senatsverwaltung. Schließlich ließ er sich in zahlreichen Zeitungen als „Retter“ von Lichtenrade feiern. CDU-TS-Homepage: „Kein Asylbewerberheim in Lichtenrade - Luczak hat sich erfolgreich eingesetzt“

Mit folgender Pressemitteilung überraschte das Bezirksamt am 12.9. die Öffentlichkeit:

„Neue Unterkunft für Asylsuchende in Tempelhof-Schöneberg

Berlin benötigt dringend weitere Unterkünfte, um Menschen, die als Flüchtlinge und Asylsuchende in die Stadt kommen, unterzubringen. Vor diesem Hintergrund und in Abstimmung zwischen dem Bezirksamt und dem Landesamt für Gesundheit und Soziales wird eine weitere Einrichtung zur Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerberinnen und Asylbewerbern eröffnet. Es handelt sich dabei um die ehemalige Pflegeeinrichtung am Kirchhainer Damm 74 in Lichtenrade. Dort werden in der kommenden Woche nach Abschluss aller vorbereitenden Arbeiten die ersten Flüchtlinge einziehen, die Gesamtbelegkapazität von 250 Plätzen wird schrittweise belegt.

Die Menschen werden in der Einrichtung eine Unterkunft finden, bis ihr jeweiliges Verfahren abgeschlossen ist oder sie eine eigene Wohnung anmieten können. In dieser Zeit werden sie durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des evangelischen Jugend- und Fürsorgewerks gemeinnützige

AG (EJF) betreut. Auf das EJF als Betreiber dieser Einrichtung wurden alle Aufgaben, die mit dem Betrieb dieser Gemeinschaftsunterkunft im Zusammenhang stehen, übertragen. In der Einrichtung werden u. a. SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen sowie Wachpersonal beschäftigt sein.

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg und das Landesamt für Gesundheit und Soziales appellieren an die Lichtenraderinnen und Lichtenrader, die neue Unterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende positiv zu begleiten. Das Bezirksamt ist dabei, in Absprache mit der Senatsverwaltung für Soziales und dem Landesamt für Gesundheit und Soziales, eine Veranstaltung vorzubereiten, bei der den Anwohnerinnen und Anwohnern Gelegenheit geben wird, Fragen zu stellen und sich zu informieren. Dazu wird es eine gesonderte Einladung geben.“

Zur BVV am 17.9. brachte DIE LINKE einen Dringlichkeitsantrag ein, dem auch die PIRATEN beitreten. Der Antrag wurde einstimmig (per Konsensliste – auch von den CDU-Verordneten) angenommen:

Dokumentiert - BVV-Beschluss:

Neue Flüchtlingsunterkunft – Willkommenskultur unterstützen!

Die Bezirksverordnetenversammlung bekundet ihren Willen, aktiv die Einrichtung der neuen Unterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende in Lichtenrade zu begleiten.

Die BVV will sich daran beteiligen, dass eine freundliche Aufnahme mit nachbarschaftlichem Austausch und Unterstützung sich in Lichtenrade entwickelt.

Rassistischen Ressentiments und Hetze wird sie entgegentreten.

Eine geplante Informationsveranstaltung von Senatsverwaltung und Bezirksamt wird begrüßt und durch die Teilnahme von Verordneten unterstützt.

H.G.

Ohne Skrupel: Senat setzt Oranienplatz-Flüchtlinge auf die Straße

Presseinformation vom 23. Oktober 2014

Die Chronologie der Vertrauens- und Wortbrüche des Senats gegenüber den sogenannten Oranienplatz-Flüchtlingen erreicht einen neuen Höhepunkt: Anfang der Woche ließ Sozialsenator Czaja über 90 ehemaligen BewohnerInnen des Oranienplatzes und der Gerhard-Hauptmann-Schule mitteilen, dass sie ihre Unterkünfte binnen weniger Stunden verlassen müssen. Darunter sind viele Flüchtlinge mit noch anhängigen Verfahren, die also noch keinen Ablehnungsbescheid von der Berliner Ausländerbehörde erhalten haben, und sogar solche, die noch nicht einmal einen Vorsprachetermin bei der Ausländerbehörde hatten. Die Menschen stehen nun kurz vor dem angekündigten Wintereinbruch völlig mittellos auf der Straße. Einmal mehr zeigt sich, dass der Berliner Senat keinerlei Interesse hatte, eine wirkliche Lösung für die drängenden humanitären Probleme der Menschen vom Oranienplatz und der Gerhard-Hauptmann-Schule zu finden. Ihm ging es allein darum, sich des Oranienplatzes und der Gerhard-Hauptmann-Schule zu entledigen. Die Flüchtlinge ebenso wie die Öffentlichkeit wurden wissentlich getäuscht. Eine echte Chance wollte der Senat den Flüchtlingen nie bieten.

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

Fortsetzung auf S. 3

BVV am 17. September 2014

Bezirk kann kleine Theater nicht unterstützen

In einer Großen Anfrage (Drs. 1187) fragte DIE LINKE, wie das Bezirksamt Theater im Bezirk unterstützt, und allgemein, wie einem „Theatersterben“ entgegengesteuert wird. Die Antwort von Bezirksstadträtin Kaddatz (CDU) fiel zurückhaltend bis abweisend aus. Im Bereich Theater lassen alle „Bemühungen“ erkennbar zu wünschen übrig. Entsprechend kritisiert wurde die Stadträtin von DIE LINKE, den Grünen, den Piraten und der SPD. Rauchfuß (SPD) bemängelte, dass es keinerlei Initiative beziehungsweise keinerlei Vorschläge von ihr zu Theater und Bibliotheken gebe. Die Theater seien Opfer der Liegenschafts- und Mietpolitik, so Franz (Piraten). Wissel (DIE LINKE) sprach Kaddatz den politischen Willen ab, kleine Theater im Bezirk erhalten zu wollen. Vier kleine Theater gehen ab 2015 dem Bezirk verloren (Theater Strahl, Hans-Wurst-Nachfahren, O-Ton-Theater, Theater Morgenstern), wovon nur das Theater Strahl seinen Standort freiwillig verlässt. Besonders bitter ist es für das Theater „Hans-Wurst-Nachfahren“. Hier wurde der Mietvertrag nicht verlängert und das Haus, eine bundeseigene Immobilie, wird meistbietend verkauft. Ebenso unverständlich ist, dass es für das Theater Morgenstern keine Lösung geben soll. Der Spielort Schlesiensaal im Rathaus Friedenau, der von den neuen Mietern (Steuerfahndung) nicht genutzt werden kann, soll weiterhin vom Tanzsportverein Blau/Silber, aber nicht vom Kinder- und Jugendtheater genutzt werden können. Wissel (DIE LINKE) kritisierte u.a. auch, dass das Bezirksamt es offensichtlich versäumt oder es nicht für nötig befunden hat, bei der Aufgabe des Rathauses Friedenau die Vermietung des Schlesiensaaus für das Kinder- und Jugendtheater vertraglich festzuschreiben.

Vergabe von Grundstück steht unter Täuschungsverdacht

Das seit vielen Monaten umstrittene Grundstück an der Hauptstraße/Ecke Willmannsdamm fand seinen neuen Besitzer, ohne dass der Beschluss der BVV vom 16.06.2010 berücksichtigt worden wäre. In einer Großen Anfrage fragte DIE LINKE u.a., warum dieser Beschluss, der vorsah, ein öffentliches Interessenbekundungsverfahren durchzuführen, und demzufolge die Entscheidung bei Bezirksamt und BVV hätte liegen sollen, nicht umgesetzt wurde. Stadtrat Krüger (CDU) erklärte, dass der Liegenschaftsfond und die Senatsverwaltung über den BVV-Beschluss unterrichtet worden seien. Dem Bezirksamt sei nicht bekannt gewesen, „dass eine Vergabe durch den Liegenschaftsfond mit Billigung der Senatsverwaltung ohne weitere Beachtung dieses Beschlusses erfolgen würde“. DIE LINKE stellte fest, über den Beschluss sei erst fast ein Jahr später im Stadtplanungsausschuss berichtet worden, und fragte, wie sich dies erkläre. Dies wurde von Krüger bedauert, zumindest hätte „eine Mitteilung zur Kenntnisnahme“ erfolgen können. Er sehe jedoch bei der jetzigen Bauplanung keine Täuschung der Öffentlichkeit. Das sehen die Mehrheit der BVV und die Anwohner aber anders. Gindra (DIE LINKE) sah ganz klar eine Täuschung, wenn offensichtlich für bestimmte Grundstücke BVV-Beschlüsse ignoriert werden. Oltmann (Grüne) fragte, ob im Steuerungsausschuss der BVV-Beschluss überhaupt vertreten worden sei. Seltz (SPD) ging weniger auf den absurden Vorgang ein und versuchte eher zu beschwichtigen, dass es ja noch keinen Bebauungsplan gebe, und da habe der Bezirk das letzte Wort. Einen Hotelbau auf dem fragilen Grundstück (darunter fährt die U-Bahn) findet auch die SPD nicht sinnvoll. Zumindest in diesem Punkt gibt es eine Übereinstimmung mit DIE LINKE und der Bürgerinitiative, die eine Bebauung verhindern möchte.

Elisabeth Wissel

Unsere Bezirksverordneten



Elisabeth Wissel

Telefon: 01577 34 62 721
wissel.elisabeth@googlemail.com



Harald Gindra

Tel: 01525 45 25 000
Linke.bvv.ts@googlemail.com

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg, Raum 2115

Tel: 030/ 90 2 77 4898

Sprechstunde:
Mittwochs 15 - 17 Uhr

Arbeitskreis

Kommunales (AKK)

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

Akk-Termine:

Sitzungsvorbereitung:
Mo. 17.11.2014, um 19 Uhr im Rathaus Schöneberg, Raum 2115.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Die nächste öffentliche BVV-Sitzung findet am Mi. 18.11., 18 Uhr, u. 19.11., 17 Uhr im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

Fortsetzung von Seite 2

Ohne Skrupel: Senat setzt Oranienplatz-Flüchtlinge auf die Straße

Innensenator Henkel und Sozialsenator Czaja halten sich weder an das „Oranienplatzagreement“, das eine umfassende rechtliche Prüfung der Einzelfälle versprach, noch an das Allgemeine Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (BerIASOG) zur Vermeidung von Obdachlosigkeit.

„Die Menschen wurden kurzfristig in Unterkünften ‚geparkt‘ und mit Geldleistungen abgespeist. Jetzt, da der Senat Plätze für neuankommende Asylsuchende braucht, werden sie kurzerhand auf die Straße gesetzt, unabhängig davon, ob ihre Verfahren noch anhängig sind oder nicht. Dieses Verhalten ist menschenverachtend und skandalös“, so Nora Brezger vom Flüchtlingsrat Berlin. Der grüne Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg steht indes dem Senat in punkto Vertrauens- und Wortbruch in nichts nach: Entgegen der vom Kreuzberger Baustadtrat unterschriebenen Einigung mit den verbliebenen BewohnerInnen der Gerhard-Hauptmann-Schule haben auch diese nun die Aufforderung bekommen, die Schule bis zum 31.10.14 zu verlassen. Von dem versprochenen selbstverwalteten Refugee-Zentrum, zu dem die Schule umgebaut werden sollte, ist von Seiten des Bezirks keine Rede mehr. Sowohl Senat als auch der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg haben sich in ihrer Flüchtlingspolitik in höchstem Maße selbst diskreditiert. Der Flüchtlingsrat fordert, die obdachlos gewordenen Menschen sofort wieder unterzubringen, sich endlich für sie ausländer- wie sozialrechtlich zuständig zu erklären und für sie echte humanitäre Lösungen zu suchen.

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN e.V., Pressekontakt: Nora Brezger, Flüchtlingsrat Berlin

Die BVV-Drs. sind unter: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/allris.net.asp>

DIE LUPE August 2014 **3**

Fortsetzung von S. 6
Ja, wir sollten uns schämen, das wir über Jahrzehnte unter dem Siegel „Hauptsache Arbeit“, jede Ausbeutung und jeden Lohn akzeptiert haben. Ein Sprichwort sagt „Dummheit schützt vor Strafe nicht“.

Und für uns, die wir morgen und übermorgen in Rente gehen, haben sich die Bundesregierung und die Agentur für Arbeit etwas ganz Besonderes ausgedacht: Der Gesetzgeber hat die Jobcenter autorisiert die Rente mit 63 Jahren einzuleiten, notfalls auch gegen den Willen und hinter dem Rücken der Erwerbslosen. Diese Entmündigung ist ein Skandal worüber die Presse selten bis gar nicht berichtet. Bis dato gibt es keine statistische Erhebung, wie viele Personen in der Vergangenheit gezwungen wurden, ihre Rente 2 Jahre vor dem regulären Renteneintrittsalter zu beantragen. Und die Bundesregierung will weder eine Statistik erstellen, noch dieses Unrechtsgesetz abschaffen. Nach groben Schätzungen sind in diesem Jahr 65.000 Menschen in Deutschland von „Zwangsverrentung“ und so mit lebenslanger Rentenkürzung bedroht. Und die Zahlen werden steigen. Dies ist Armut per Gesetz!! Wir können und dürfen nicht zulassen, dass uns nach 30, 35 Arbeitsjahren nur noch der Gang zum Sozialamt bleibt und unsere Kinder für uns Alten aufkommen sollen. Ich hatte einen Traum. Wir gingen zu Tausenden auf die Straße und der Protestzug gegen soziale Ungerechtigkeit reichte von hier bis zur Siegessäule. Wir werden wieder kommen Jahr für Jahr, bis sich dieser Traum erfüllt hat.

Marita

4 DIE LUPE August 2014

CDU: Doppelspiel mit Personal in den Bezirken

In die BVV im Oktober hat die CDU eine Große Anfrage und zwei Anträge zum schlechten Service in den Bürgerämtern eingebracht (Drs. Nr.: 1257 + 1259 + 1264). Diese sind vertagt in den November und werden größeres Thema in einer Sonder-sitzung der BVV am 18. November.

Man könnte nun meinen, die CDU beschäftigt sich mit einem Sonderproblem in Tempelhof-Schöneberg, tatsächlich ist es eine stadtweite Kritik. Nur noch Terminvergabe mit bis zu 2-monatigen Vorlauf, kaum noch Möglichkeit, kurzfristige Anforderungen abwickeln zu können, insbesondere in der Ferienzeit.

Die Forderungen der CDU nach „Bürgeramtbesuch ohne Terminvereinbarung“ und längere Öffnungszeiten der Bürgerämter in unserem Bezirk sind Scheingefechte.

Jede BerlinerIn und Berliner kann zu beliebigen Bürgerämtern gehen. Die Kritik kommt daher aus vielen Bezirken. Sie hängt stadtweit mit der Zahl des eingesetzten Personals, der Personalstruktur (hoher Altersdurchschnitt mit erhöhtem Krankenstand) und gestiegener Arbeitsbelastung zusammen. Die Ausweitung von Öffnungszeiten in den Abend hinein und auf den Samstag, wie es die CDU fordert, drohen eher Probleme unter diesen Bedingungen noch zu verschärfen. Und wir halten es auch für entbehrlich, wenn die Bürgerämter ausreichend mit Personal ausgestattet wären, könnten innerhalb einer Woche viele Wunschtermine realisiert werden. Ohne Wartezeit im Amt und für alle planbar.

Aber diese Fragen im Land Berlin greift die CDU nur propagandistisch auf, ohne Folgen für ihr eigenes Handeln im Senat. Hier die Pressemitteilung

der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus:

14. OKTOBER 2014

Jetzt Streit ums Personal: Wer sitzt eigentlich noch am Senatstisch?

Das Mitglied im Hauptausschuss Carola Bluhm erklärt:

Das ist schon grotesk. Vor wenigen Tagen erst hat der Senat seine gesammelten Werke zur Personalentwicklung in der Berliner Verwaltung vorgelegt. Darin findet sich allerlei, aber kein Stopp des Personalabbaus, keine Abkehr von der 100.000-Stellen-Zielzahl, kein Ansatz, Personalentwicklung zur Chefsache zu machen und kein Plan, mehr Azubis unbefristet zu übernehmen. – Nichts von dem, was die CDU jetzt fordert und Finanzsenator Nußbaum immer abgelehnt hat.

Da stellt sich doch die Frage, ob nun der Finanzsenator oder ob die CDU nicht mehr am Senatstisch sitzt?

Wir sind jedenfalls auf die Debatte am Donnerstag im Plenum gespannt. Da liegt ein Antragspaket der Linksfraktion auf dem Tisch, indem wir den Senat auffordern, endlich seiner Verantwortung für Personalplanung und Personalentwicklung nachzukommen. Berlins Verwaltung arbeitet am Limit. Für unsere konkreten Vorschläge, wie das nachhaltig geändert werden kann, freuen wir uns natürlich auch über Unterstützung aus den Reihen der Koalition.

H.G.

Aus Stadtentwicklungs-Ausschuss

Aktuelles in Stichworten:

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 7-66 VE (umstrittene Bebauung des ehemaligen Bahngelände an der **Bautzener Straße**) noch bis 29.10. in „frühzeitiger Beteiligung der Öffentlichkeit“ - Anregungen und Einwände möglich.

Bebauungsplan 7-38 (ehemaliges **Gelände Kinderzentrum / Schwielowsee-Grundschule**) in Öffentlicher Beteiligung bis 12.11.

Hauptstraße 27 / Belziger Str. 33 (Postgebäude + angrenzende Flächen): Neuer Eigentümer und neue Planungen – noch in Vorbehalte in Amt und Ausschuss - weiterer Abstimmungsbedarf.

Schwäbische Straße 7a: Mieter widersprechen der Mitteilung des Bezirksamts zum angeblichen

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

„Sozialplanverfahren“ (Drs. 0689/XIX). Investor hat Abrissabsicht angemeldet und plant verdichteten Neubau am Barbarossaplatz mit höherwertigeren Eigentumswohnungen. Die Mieter: Noch sind aber fünf Wohnungen bewohnt. Der Investor führt keine Verhandlungen mehr, sondern versucht Mieter rauszuklagen.

Ehemaliges **Straßenbahndepot Belziger Straße:** Berliner Immobilien Management (BIM) bereitet Verkauf vor und hat dem Bezirk drei Entwicklungsvarianten vorgelegt. Im Verfahren befinden sich die B-Pläne XI-229 und 7-37 Ba. Zur Frage stehen die Erhaltung von denkmalgeschützten Gebäuden und Nutzungen zwischen Gewerbe und neuer Wohnbebauung.

H.G.

Bericht von der BVV am 15.10.14

Bürgeranfrage zur BlmA:

Es gibt Neues zum geplanten Verkauf der BlmA-Häuser, u.a. in der Katzler- und der Großgörschenstraße. Im Berliner Senat haben sich die meisten Parteien, darunter DIE LINKE., für ein Verkaufsstopp (Moratorium) eingesetzt. Dies allerdings nach einigem Hin und Her - der Bundestagsabgeordnete Luczak (CDU) sah den Ursprungsantrag der Grünen als „europarechtlich höchst problematisch“ an. Schlussendlich kostete dies jedoch nur mehr Zeit - Zeit, die für die MieterInnen entscheidend sein kann.

Zu einem ebenfalls möglichen Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand äußerte sich Bezirksstadträtin Dr. Klotz zwar generell wohlwollend, jedoch mit der Voraussetzung, „finanziellen und juristischen Schaden für den Bezirk abzuwenden“.

Verfassungsschutz nicht an Schulen (Drs. 1198):

Als Reaktion auf den Wunsch des Innensenators Henkel, den Verfassungsschutz zum Schutz vor Islamismus an die Schulen als Referenten einzuladen, richtete sich ein Antrag von Grünen und Piraten, den DIE LINKE. ausdrücklich unterstützte. Die Argumentation (u.a. von Bezirksstadträtin Kaddatz), dass der Verfassungsschutz „dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ (§1 Verfassungsschutzgesetz von Berlin) diene, wurde durch das offensichtliche Versagen des Inlandgeheimdienstes bei der NSU-Mordserie deutlich, worauf u.a. die Bezirksverordnete Wissel hinwies. Ob der Verfassungsschutz, dessen Kindgerechtigkeit durchaus anzuzweifeln ist, die geeignete Institution zur Vermittlung der Gefahr des Islamismus ist, wird nun der Schulausschuss beurteilen.

Zentrale Landesbibliothek im ehem. Tempelhofer Flughafen (Drs. 1200):

Die SPD schlägt eine Prüfung des Flughafengebäudes Tempelhof zur Unterbringung der Zentralen Landesbibliothek (ZLB) vor. DIE LINKE. hält diesen Antrag nicht für zielführend, da die Amerika-Gedenkbibliothek am Blücherplatz standorttechnisch nicht schlechter ist. Eine

Umverlagerung kostet den Bezirk, der sowieso mit finanziellen Problemen zu kämpfen hat, nur unnötig mehr Geld.

Menschenfreundin Preußker? (Drs. 1206):

Diesen vermeintlichen Eindruck hätte man durch den Antrag „Hier muss geholfen werden“ - Obdachlosigkeit am Viktoria-Luise-Platz“ gewinnen können, den die CDU und ihre stadtpolitische Sprecherin Wanda Preußker vorstellte. Bei genauem Hinören jedoch war das Schauspiel leicht erkennbar: Die CDU, die geeignete (jedoch nicht im Antrag näher bestimmte) Unterkünfte für jene 5-6 Obdachlose haben will, hat nicht etwa ihre Nächstenliebe entdeckt. Es scheint vielmehr darum zu gehen, das Stadtbild für die Reichen, die dort wohnen, zu verbessern, wie die Bezirksverordnete Wissel betonte.

Eine menschenfreundliche Politik verliert sich bei der Behebung von Einzelfällen - es müssen Beschlüsse kommen, die Obdachlosigkeit von vornherein unterbinden. An solchen Vorschlägen wird sich die Menschenfreundlichkeit der Politik der CDU messen lassen müssen.

Der 9. November - ein reiner Feiertag? (Drs. 1211):

In diesem Antrag schlägt die CDU Feierlichkeiten zum Tag des Mauerfalls vor. Die Freiheitsglocke soll tönen zu dem Zeitpunkt, als Günter Schabowski vor 25 Jahren (versehentlich) die Grenzöffnung verkündete. Auch wenn der 9. November 1989 für viele Menschen ein Freudentag war, so gibt es zwei wesentliche Probleme, die Elisabeth Wissel herausstellte: Erstens brachte die Wende für zahlreiche Menschen in der ehemaligen DDR Nachteile durch Massenentlassungen und sozialen Abstieg. Zweitens ist der 9. November nicht nur ein Tag der Freude in der deutschen Geschichte. Am 9. November 1938 brannten ca. 1400 Synagogen, 400 Menschen wurden getötet oder in den Selbstmord getrieben und rund 30000 weitere in Konzentrationslager verschleppt. „Auch mal feiern zu dürfen“, wie es ein CDU-Abgeordneter formulierte, wird angesichts dieses Verbrechens schwierig.

Martin Rutsch

Pressemitteilung

Soziale Ausgrenzung von Migranten überwinden

29.10.2014

„Von gleichberechtigter Teilhabe in den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sind Migranten in Deutschland immer noch meilenweit entfernt. Der Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, ist bei ihnen doppelt so hoch wie beim Rest der Bevölkerung. Und es gibt dreimal so viele 20 bis 29-Jährige, die keinen Berufsabschluss haben“, kommentiert die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sevim Dagdelen, den heute von der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoğuz vorgestellten 10. Berichts zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Dagdelen weiter: „Dass der Befund so ernüchternd ausfällt, ist weder Schicksal, noch liegt es an den Migranten. Es liegt an der unsozialen Politik der bisherigen Bundesregierungen, die geradezu auf sozialer Ausgrenzung basierte. Aber auch weiterhin werden vielen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund keine wirklichen Chancen eröffnet, aus dem Kreislauf von Armut, Bildungsferne und Diskriminierung auszubrechen. Es bleibt dabei: Die soziale Herkunft in Deutschland bestimmt über Bildungserfolg bzw. -misserfolg und damit den weiteren Lebensweg. Wir brauchen eine grundlegende Abkehr von einer Politik der sozialen Ausgrenzung von Migranten. DIE LINKE fordert die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems, eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ohne Ausnahmen von zehn Euro, die Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sowie erleichterte Einbürgerungsmöglichkeiten als dringend notwendige Schritte zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Migranten in Deutschland.“

Sevim Dagdelen



http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

DIE LUPE August 2014 5

Immer noch 3,6 Millionen Arbeitslose Zeit zu handeln statt zu tricksen

...Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. (...) Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im September 2014 sind immer noch 3,6 Millionen Menschen arbeitslos. Zeit zu handeln statt zu tricksen. Darüber hinaus tauchen 274.000 nicht erwerbstätige Personen – die sog. stille Reserve¹ – in keiner Arbeitslosenstatistik auf, weil sie sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und sich nicht (mehr) als arbeitslos registrieren lassen.

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im September 2014
3.602.389
Offizielle Arbeitslosigkeit
2.807.806

Nicht gezählte Arbeitslose:
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II **0** 179.171
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsmöglichkeiten) 106.005
Förderung von Arbeitsverhältnissen **2** 9.373
Fremdförderung 86.633
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit 13.197
Berufliche Weiterbildung 151.577
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z.B. Vermittlung durch Dritte) 157.524
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose) 4.076
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III) 87.027

Nicht gezählte Arbeitslose gesamt **794.583**

Quelle: BfA Bericht September 2014, S. 63;

⁰Die dort aufgeführte Alterszeit sowie Gründungszuschüsse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt, sowie die auf Grund verschiedene rechtliche Regelungen (§428 SGB III, 65 Abs. 4 SGB II, 53a, Abs. 2, SGB II u.a.) nicht als Arbeitslose zählen.

¹ IAB Kurzbericht 18/2014 Seite 10; Stille Reserve im engeren Sinn. Prognose 2014

² Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen wurde zum April 2012 das bisherige Instrument (...) zur Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) verbunden.

6 DIE LUPE August 2014

Umstrittene Ausstellung mit Geschichtsverfälschungen

„Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme, Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“ nennt sich diese Ausstellung und geht auf einen Antrag der CDU (Drs. 1000) zurück. Sie ist derzeit in der Volkshochschule zu sehen und europaweit mit über 3000 Exemplaren. SPD, Grüne und Piraten waren im April, als der Antrag zum Beschluss kam, nicht willens, bedenkliche Einwendung geltend zu machen oder hatten insgesamt wenig Interesse, die Sammlung unter die Lupe zu nehmen. Mit ihrer Haltung haben sie ein fragwürdiges Geschichtsbild offenbart. Das Münchner Institut für Zeitgeschichte, Deutschlandradio Kultur und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur stellten die Ausstellung zusammen, die von der Daimler-AG gesponsert wurde. Die Schwerpunkte liegen auf I. und II. Weltkrieg sowie 25 Jahre Mauerfall. Schon im Vorfeld wurde das Ausstellungskonzept heftig kritisiert, da darin Nationalsozialismus und Sozialismus / Kommunismus eine unzulässige und geschichtsfälschende Gleichsetzung in der Bewertung erfahren. „Eine krude Gleichsetzung von links und rechts“ in der Wiederbelebung der Totalitarismustheorie. Der Kritiker der Ausstellung Hans Otto Röber (www.Nachdenkseiten.de) spricht gar von Weißwaschen deutscher Machteliten und Anschwärzen ihrer Kritiker. Und an anderer Stelle: „Es ist empörend, dass einen die Manipulationen, Verfälschungen und Halbwahrheiten dieser Ausstellung dazu zwingen, Fakten zu reproduzieren, die man in jedem halbwegs brauchbaren Schulbuch nachlesen kann.[...] Die Analyse macht die bereits am ersten Plakat herausgearbeiteten unwissenschaftlichen Darstellungsmethoden der Ausstellung deutlich. An vielen Beispielen wird belegt, wie ein Geschichtsbild zusammengesetzt wird, das die wahren Drahtzieher

marginal erscheinen lässt. Zum Ausbruch des I. Weltkrieges heißt es, Deutschland habe eine „hohe und mitentscheidende Verantwortung“ gehabt. Gerade in diesem Punkt gibt es zwischen den Historikern eine heftige Kontroverse, die jedoch mit keinem Wort erwähnt wird. Manche sehen in Deutschland den Hauptschuldigen., Der Kritik von Röber ist zu entnehmen, dass die Benennung der Sachverhalte vage und nicht eindeutig ist. Verschleiert dargestellt werden auch die hegemonialen Neuordnungspläne für Europa. So werden eher Gebietsannexionen in den Vordergrund gestellt als das „geschichtsmächtigere Ziel der Neuordnung Europas. Bei einem Beispiel aus der Weimarer Zeit wird soziologisch suggeriert, „dass die Aushöhlung des Parlamentarismus der negativen Mehrheit antidemokratischer Parteien (NSDAP und KPD) geschuldet sei. Und es fehlt die Klarstellung, dass es vor allem der Wille der bürgerlichen Wähler und der Industriellen war, die zum totalitären Staat führten. Auch hier wieder die bewusste Gleichsetzung von NSDAP und KPD, um linke Aktivisten, die für eine friedliche und gerechte Welt kämpfen, für alle Zeiten zu diffamieren. Ebenso in der Aussage „, die fast alltäglichen Straßenschlachten zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und der Polizei sorgten für Bürgerkriegsstimmung.“ Die Gegenwehr der Kommunisten wird als negativ dargestellt. Und ein Beispiel zur Rolle der EU, diese wird - wie kann es anders sein - ausschließlich kritiklos als Friedenstifter dargestellt. In diesen gesamten Kontext passt auch die Aussage, „politische Breitenbildung sei das Ziel dieser Ausstellung“ (Deutschlandradio 15.01.2014). Es ist eben die herrschende, bürgerliche, unkritische und gefällige Sichtweise von Geschichte.

Elisabeth Wissel

Gegen Altersarmut und Zwangsverrentung



Am 04.10.2014: Wir, Erwerbslose, Rentner und Geringverdienende sind heute hier zusammengekommen, um zu zeigen, dass gemein-

samer Protest und Widerstand gegen Altersarmut und Zwangsverrentung möglich ist. Wir lassen uns von den Regierenden nicht mehr länger gegeneinander ausspielen und wir hören uns das Märchen vom Generationskonflikt nicht länger an. Wir wollen hier und heute ein Zeichen setzen und aufzeigen, dass Solidarität in diesem Lande möglich ist und NUR SOLIDARITÄT ist das einzige Mittel Ihnen die Tarnkappe der Verlogenheit vom Gesicht zu reißen. Wir haben es satt uns immer wieder an-

zuhören, wir seien doch selber Schuld an unserer Armut im Alter!! Dabei wird völlig ausgeblendet das wir seit Beginn der 80er drastische Lohnsenkungen um fast die Hälfte in vielen Berufszweigen hatten. Wie bitteschön sollte eine alleinerziehende Mutter von dem Hungerlohn noch etwas ansparen? Und wie viele Selbstständige waren froh, wenn sie am Ende des Monats überhaupt noch ihre freiwillige Krankenversicherung zahlen konnten! Für private Vorsorge blieb doch da nichts übrig. Wofür also sollen wir uns schämen? Außer das wir viel zu lange geschwiegen und zugeschaut haben, wie die Alten von heute ihre Rente mit Flaschenpfand aufbessern oder mit über 70 Jahre auf den Fußböden der Büros herumschlagen, weil sie sich ohne diese Putzjobs nicht mal einen Friseur leisten könnten, geschweige einen Kaffee an der nächsten Ecke.

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

Fortsetzung auf S. 4

Meist positive Reaktionen auf neue Flüchtlings Unterkunft in Lichtenrade

Wie über die Medien berichtet wurde, ist die Zahl der Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten besonders in den letzten Monaten erheblich angestiegen.

Jedem Bundesland, wie auch Berlin, wird ein bestimmtes Kontingent der inzwischen angekommenen und der noch zu erwartenden Menschen, zugeteilt.

Die Senatsverwaltung geht in nächster Zeit von etwa 1200 Flüchtlingen pro Monat aus. Die Standort-Unterkünfte werden auf alle Bezirke verteilt, auch wenn der Senat für diese außergewöhnliche Situation für einzelne Bezirke noch keine Vorsorge getroffen hat. Besonders Bezirke, die bisher „unterversorgt“ sind, werden Flüchtlinge notfalls in Container unterbringen müssen. Unser Bezirk nimmt in diesem Jahr noch 250 Personen zu den vorhandenen etwa 700 auf, die in Lichtenrade am Kirchhainer Damm im Georg-Kriedte-Haus (ehemaliges Seniorenhaus) untergebracht werden, davon sind 71 bereits eingezogen. Um über diese neue Nachbarschafts-Situation zu informieren, lud am 10. Oktober das Bezirksamt gemeinsam mit der betreffenden Senatsverwaltung in die Salvator-Kirche in Lichtenrade zu einer Einwohner-Veranstaltung ein. Neben der Weitergabe von Informationen und der Beantwortung von Anwohnerfragen sollte vor allem auch um Akzeptanz für die Flüchtlinge geworben werden. Über 600 Anwohner waren offensichtlich sehr interessiert und folgten der Einladung. Die Diskussion war lebhaft und es gab etliche Menschen, die sich bei der Bewältigung

der vielen Aufgaben engagieren wollen. Einige boten materielle Hilfe an. Ein örtlicher Sportverein habe seine Unterstützung angeboten, hieß es. Es soll auch ein „runder Tisch“ eingerichtet werden, um Hilfe besser zu koordinieren. Der Pfarrer der Kirche sprach gar von einer Patenschaft, die seine Kirchengemeinde für die Flüchtlinge übernehmen wolle. Stadträtin Frau Klotz (Grüne) kündigte an, „Initiativen, die Flüchtlinge unterstützen wollen“ zu helfen. Leider ist die infrastrukturelle Versorgung an diesem Standort nicht optimal und kaum auf Hilfe suchende Familien mit Kleinkindern eingerichtet. Gerade für die Kinder muss es eine gute Versorgung geben. Frau Kaddatz, Bezirksstadträtin der CDU, berichtete von über 33 Lerngruppen (Willkommensklassen), die derzeit in verschiedenen Schulen eingerichtet wurden, weitere seien noch geplant. In der Einrichtung selbst werden nach Auskunft des Betreibers S. Möller ca. 80 Personen tätig sein. Zum Personal gehört auch ein Sicherheitsdienst, bestehend aus jungen Menschen, z.T. mit Migrationshintergrund, der die Flüchtlinge bei ihren Behördengängen begleitet wird. Natürlich gab es auch kritische und besorgniserregende Fragen sowie diffamierende Äußerungen über Flüchtlinge. Die überwiegende Mehrheit der Anwesenden zeigte sich aber eher solidarisch, was immer wieder mit Beifall bedacht wurde. Seit 13. Oktober steht die Einrichtung allen Interessierten offen, auch DIE LINKE wird die Gelegenheit nutzen, die Einrichtung zu besuchen. Elisabeth Wissel

Fortsetzung
HASTA SIEMPRE, BRUDER -
Tod im Bundestag
Ermittlern in einem brisanten Fall. Dieser hat mit dem gegen den sozialistischen Präsidenten Allende gerichteten Pinochet-Putsch vom 11. September 1973, mit einem fiktiven Attentat auf den chilenischen Botschafter in der Bundesrepublik sowie mit dem angeblichen Selbstmord eines Bundestagsabgeordneten zu tun. Zugleich wird vor dem Landgericht Bonn in vierter Auflage gegen den des Mordes angeklagten Ramón Rodríguez verhandelt. Und welche Bedeutung hat eigentlich ein über 30 Jahre alter Text über eine chilenische Guerillagruppe, den Hannah am Anfang des Buches in ihren Händen hält? Wer spielt welches Spiel? Den spannenden Roman „Hasta Siempre, Bruder - Tod im Bundestag“ hat die Autorin, die über politische Strafjustiz in der Bundesrepublik promoviert und auch Mitglied der Partei DIE LINKE im Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg ist, in einer Nachbemerkung mit dem vielsagenden Satz „Gelegentliche Ähnlichkeiten zur Realität sind beabsichtigt“ versehen. Informationen zum realen Hintergrund des Romans sind zusammen mit einer Leseprobe auf der Internetseite www.hasta-siempre-bruder.de zu finden. Das Buch kann über den Verlag oder jede Buchhandlung bestellt werden: Printausgabe: ISBN: 978-3-95655-014-0 Ebook: ISBN: 978-3-95655-015-7; Verlag: EDITION digital/Pekrul & Sohn GbR; Alte Dorfstraße 2 b, 19065 Pinnow, Deutschland, www.hasta-siempre-bruder.de, siehe auch: *Junge Welt*, 28.10.14, S. 10: *Tod im Bundestag*

HASTA SIEMPRE, BRUDER - Tod im Bundestag



Gelegentliche Ähnlichkeiten zur Realität beabsichtigt – Packender Politkrimi von Isabel Leyla Erdem erschienen HASTA SIEMPRE, BRUDER - Tod im Bundestag „Hasta Siempre, Bruder“ bedeutet auf Deutsch soviel wie „Lebe wohl, Bruder“. Allerdings erschließt sich dieser Titel dem Leser des ersten Romans von Isabel Leyla Erdem, der jetzt bei der EDITION digital sowohl als E-Book wie als gedrucktes Buch erschienen ist, erst nach und nach. Auch andere Geschehnisse bleiben sowohl dem Leser wie auch den Hauptfiguren des packenden Politkrimis lange Zeit verborgen – schließlich verbindet „Hasta Siempre, Bruder“ Ereignisse aus der Geschichte der alten und neuen Bundesrepublik, der DDR und Chiles mit den literarischen Mitteln eines Kriminalromans. Dabei werden die Rechtsanwaltsgehilfin Hannah Arndt, die an einer Dissertation zum Thema Internationale Rechtshilfe zwischen Deutschland und Lateinamerika arbeitet, ihr Chef Julius sowie der Jura-Student Marc zu unfreiwilligen

Fortsetzung oben rechte Spalte

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

DIE LUPE August 2014

7

DIE LINKE.

Tempelhof - Schöneberg

Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68,

10827 Berlin

Öffnungszeiten:

Di. u. Do: 11 - 18 Uhr

Fr: 11 - 15 Uhr

Telefon: 21 99 71 40

Fax: 217 29 26

e-Mail: bezirk@die-linke-

tempelhof-

schoeneberg.de

Webseite:

www.dielinke-

tempelhof-schoeneberg.

de

Termine in der

Roten Insel

Mitgliederwahlver-

sammlung:

30.10. um 19 Uhr

Bezirksvorstand

Telefonisch erfragen

Basisorganisationen:

BO Schöneberg

Telefonisch erfragen

BO Tempelhof

Telefonisch erfragen

BO Arbeit-Soziales

24.11.2014., 19 Uhr

BO Migration und

Antirassismus

Telefonisch erfragen

Arbeitskreis

Kommunales (AKK)

siehe bitte S. 3

Sondertermine:

Inselgespräche

1.Sa. i.M. 15 Uhr

Jobcenter-Tag

Telefonisch erfragen

Kommunalpolitischen Dialog am 15.11.2014

Die Veranstaltung wird im **Rathaus Schöneberg** stattfinden und dort um **10 Uhr** beginnen.

10 Uhr Eröffnung durch Azize Tank (5-10 Min.)

Referat von StR Mildner-Spindler (DIE LINKE F-K, ca. 30 Min., angefragt)

Ablauf und Zielstellung von Harald Gindra und Elisabeth Wissel (10-15 Min.)

11:30 Uhr Workshops:

- Wohnen im Bezirk, Teil 1: Mieten

- Soziales

13:30 Uhr Mittagspause

14:30 Uhr Workshops:

- Wohnen im Bezirk, Teil 2:

Stadtentwicklung

- Kultur und Freizeit

- Jugendhilfe

16:30 Uhr Zusammentragen der Gruppenergebnisse und Diskussion

Rechtsberatung

mit Rechtsanwalt **Claus Förster**, jeden **2. und 4. Di. 11-14 Uhr** in der »Roten Insel«, Feurigstraße 68 (S1 Julius-Leber-Brücke); sowie Jeden **1. und 3. Do. 16-18 Uhr** Grunewaldstr. 73, 10823 Berlin, (U7 Eisenacherstraße, Ausgang Eisenacherstr.)



Azize Tank (MdB)
Telefon: (+4930) 227 77851
Telefax: (+4930) 227 76851

Wahlkreisbüro

Grunewaldstr. 73

10823 Berlin

Telefon: (030)

98 354 777

E-Mail: azize.tank.wk@bundestag.de

www.bundestag.de

Deutscher

Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mieter-Aufruf: Gentrifizierung - Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welchem Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht.

Deswegen bitten wir Sie um Informationen: Wo werden aufwändige Sanierungen geplant, verbunden mit der Ankündigung erheblicher Mietsteigerungen? Wo werden ganze Häuser „leergezogen“ um grundzusanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln? Wo werden Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt oder bereits als solche genutzt? Wo werden die weitgehenden Mieterhöhungsspielräume extrem ausgenutzt? Wo werden Wohnungswechsel zu extremen Mieterhöhungen genutzt? Wo müssen Hartz-IV-

Haushalte Wohnungen räumen, weil sie eine Anforderung des JobCenters erhielten, ihre Mietkosten zu senken?

Wir wollen Ross und Reiter nennen, weil wir nicht nur aus nüchternen Statistiken die Änderung der Lebensumstände von so vielen Menschen in unserem Bezirk bewerten wollen. Wir wollen diese Erfahrungs- und Wissenssammlung in politische Initiative umsetzen: krasse Fälle öffentlich machen, die Vernetzung und den Widerstand unterstützen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene parlamentarische Initiativen anstoßen.

Helfen Sie uns dabei!

Mieter-Notrufe an: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98

Per E-Mail an Linke.BVV.TS@googlemail.com

oder per Post an: DIE LINKE, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE** Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: **DIE LINKE** Tempelhof-Schöneberg; **Berliner Bank** IBAN: **DE 75 1007 0848 0525 6078 06**

BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 10-12x jährlich Auflage: 1.000 Exemplare, V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Carsten Schulz, Layout: Grace Irazoque, Druck: Bunter Hund; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/r Autors/In wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. **Textabgabe-Termin ist jeden 15. des Monats**, für diese Ausgabe war sie am 15.10.2014. -Schlussredaktion: 21.10.2014., **Dezember-Planung 5.11.2014** und **Dezember-Schlussredaktion 21.11.2014 nur nach Absprache!** Diese Nummer erscheint **online** am 29.10.2014, in Druckversion voraussichtlich am 1.11.2014.

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

